THAILAND

Aufruf zum Boykott

Nach den größten Kundgebungen in der jüngeren Geschichte des Landes spitzt sich der Konflikt zwischen dem oppositionellen Sammelbecken „Volksallianz für Demokratie“ und Premier Thaksin Shinawatra dramatisch zu. Die auf den 2. April vorgezogenen Parlamentswahlen drohen zur Farce zu geraten – mit oder ohne Thaksin. Etwa 100 000 Demonstranten blockierten vergangene Woche dessen Amtssitz in Bangkok und forderten den Rücktritt des Milliardärs. Sie werfen ihm vor, in seiner fünfjährigen Amtszeit die Demokratie massiv eingeschränkt und zuletzt dem von seinem Clan geführten Telekommunikationskonzern Shin Corp. unzulässige Wettbewerbsvorteile verschafft zu haben. Den städtischen Mittelstand erzürnt besonders der erst vorige Woche besiegelte Verkauf von 49,6 Prozent der Unternehmensanteile an die Singapurer Staatsholding Temasek. Für die umgerechnet 1,5 Milliarden Euro zahlt Thaksins Familie keine Steuern. Obwohl König Bhumibol Adulyadej um eine einvernehmliche Lösung bat, schaltet Thaksin auf stur: „Ich beuge mich nicht dem Druck der Straße.“
Bei den Neuwahlen hofft seine Partei „Thai Rak Thai“ zwar auf die Mehrheit, denn sie verfügt noch immer über genügend Rückhalt bei den Bauern. Das aber wird die Krise nicht lösen. Die Opposition ruft zum Boykott der Abstimmung auf; ohnehin ist es angesichts des komplizierten Wahlrechts fraglich, ob der Urnengang unter den gegenwärtigen Umständen rechtens ist.



AP

Premier Thaksin



SAKCHAI LALIT / AP

Protest gegen Thaksin in Bangkok



KARIM SAHIB / AFP

US-Soldaten bei der „Operation Schwärmer“ nahe Samarra

IRAK

Geteiltes Bagdad

Während bei Samarra irakische und US-Truppen Donnerstag vergangener Woche eine Offensive gegen sunnitische Aufständische starteten, zeichnen sich in Bagdad selbst immer deutlicher die Frontlinien eines konfessionellen Bürgerkriegs ab. An den gegenüberliegenden Ufern des Tigris haben sich zwei gegnerische Einflusssphären herausgebildet: Russafa, der zunehmend von Schiiten kontrollierte Ostteil der Hauptstadt, und Karch, der überwiegend von Sunniten besiedelte Westen. Gleichzeitig schwillt auf beiden Seiten der Exodus der jeweiligen Minderheiten an, die vor grausamen Übergriffen fliehen.
Seit der Invasion des Irak konzentrierte sich der sunnitische Widerstand in Stadtteilen, die traditionell von besonders loyalen Anhängern des gestürzten Regimes bewohnt werden: in Ghasalija, das Saddam Hussein in den siebziger Jahren für Beamte des Präsidentenpalasts angelegt hatte, in Amirija, dem Viertel der Armeeoffiziere und Gemeindebediensteten, und in Dschi-



had, wo sich viele Geheimdienstler und Diplomaten niedergelassen haben. Diese Viertel im Westen der Hauptstadt seien eine „strategische Basis“ für Widerstand und Terror, so ein Anwohner: „Die Kämpfer genießen hier die Unterstützung der lokalen Bevölkerung, und sie haben kurze Fluchtwege Richtung Abu Ghureib und Falludscha“ – Hochburgen des Widerstands im angrenzenden Sunnitendreieck.

Das Zentrum des schiitischen Widerstands, der vor allem von der Mahdi-Armee des radikalen Predigers Muktada al-Sadr getragen wird, liegt im Osten der Hauptstadt, in der nach Muktadas Vater benannten Madinat al-Sadr. Dort operieren schiitische Milizen, sie weiten mit jeder Woche ihren Einfluss aus. „Wir verbringen im Augenblick viel Zeit mit dem Studium von Landkarten“, berichtet der schiitische Parlamentarier Abbas al-Bajati aus den langwierigen Beratungen zur Regierungsbildung. Dort geht es inzwischen auch um Territorialdispute jenseits der Hauptstadt: Falls die Kurden im Nordirak auf Übernahme der Ölstadt Kirkuk beharren, überlegen die Schiiten, die Städte Samarra und Balad in eine neu zu schaffende Provinz Ost-Bagdad zu integrieren – die dann unter schiitische Kontrolle fiele.

Anders als die libanesische Hauptstadt Beirut, die über 15 Jahre Schauplatz eines Bürgerkriegs war, hat Bagdad kaum Viertel, die ethnisch oder konfessionell homogen sind. Der Großteil des Stadtgebiets ist gemischt besiedelt; an beiden Tigris-Ufern gibt es Exklaven der jeweils anderen Glaubensrichtung. Eine konfessionelle „Säuberung“ hätte die Vertreibung von Millionen zur Folge – oder ein blutiges Patt, wie es sich im südlichen Stadtteil Daura abzeichnet: Dort kontrolliert die Mahdi-Armee mehrere schiitische Straßenzüge, während aus dem Umland immer wieder sunnitische Aufständische einsickern. Gemeinsam terrorisieren sie die Reste der christlichen Minderheit in Daura.

Ob die „Operation Schwärmer“, ein Luft- und Infanterie-Angriff auf Terrorbasen, die Lage entscheidend verbessern wird, bleibt offen. Washington selbst scheint an eine nachhaltige Befriedung des Sunnitendreiecks nicht mehr zu glauben. Aus Sorge vor ferngezündeten Bomben plant das Pentagon inzwischen den Bau von Umgehungsstraßen, die US-Militärkonvois die Durchquerung der besonders gefährlichen Städte ersparen sollen. Durchschnittlich 40 US-Soldaten fallen jeden Monat den versteckten Sprengsätzen zum Opfer. Die Armee hat den Kongress um 167 Millionen Dollar Straßenbaugeld ersucht – Teil eines 3,3 Milliarden Dollar schweren Pakets, das die Gefahr der mit Infrarot- und Mobilfunksignalen gezündeten Bomben reduzieren soll.

GROSSBRITANNIEN

Tonys letzte Tage?

Es war ein neues, entspanntes Verhältnis zum Kapitalismus, das Tony Blair und New Labour an die Macht brachte, und ebenjenes droht ihm jetzt zunehmend zum Verhängnis zu werden. Denn ausgerechnet der frühere Musikagent und gegenwärtige Tennispartner Blairs, Lord Levy, hat die überzogenen Konten der Labour Party mit Krediten aus Millionärskassen gefüllt. In Großbritannien, wo die Parteien nicht über Steuergelder finanziert werden, müssen Spenden über 5000 Pfund offengelegt werden. Eine Ausnahme bilden Darlehen. So kam es, dass nicht einmal der Schatzmeister der Labour Party, Jack Dromey, von den zwei Millionen Pfund gewusst haben will, die etwa der Immobilien-Magnat David Garrard der Partei geliehen hat. Ebensowenig sei er informiert gewesen über die 1,5 Millionen Pfund des Klinikbesitzers Chai Patel und die Millionenspende des Finanziers Barry Townsley. Eingeweiht war aber Tony Blair, der mittlerweile zugegeben hat, dem zuständigen Überprüfungsausschuss im Oberhaus nicht alles gesagt zu haben. Mit eisiger Freundlichkeit kündigte der Premier nun an, das Parteispendengesetz deutlich reformieren zu wollen. Möglicherweise bleibt ihm dafür nicht mehr allzuviel Zeit. Nachdem die Labour Party nun einräumen musste, dass sie vor der letzten Wahl 13 950 000 Pfund (gut 20 Millionen Euro) an Darlehen bekommen hat, wächst der Unmut über den selbstherrlichen Premier in der Partei weiter. Mit umstrittenen Parteifreunden und Affären belastet, leuchtet das Verdienstkonto des Regierungschefs tiefrot. Sogar der „Economist“, bislang stets auf Seiten Blairs, hält die letzten Tage für gekommen: „Auch wenn der Premierminister nicht daran denkt zurückzutreten – er sollte es jetzt tun.“



REUTERS

Premier Blair



Talkmaster Lang



IMAGINECHINA (L.); GREG BAKER / AP (R.)

Volkskongress in Peking

CHINA

Die Partei greift durch

Mit der Absetzung des beliebten chinesischen TV-Talkmasters Larry Lang, 49, verstärken die Zensoren der Volksrepublik die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Noch bis vor kurzem durfte Chinas „Larry King“ im Shanghaier Regionalsender Chinese Business Network ungewöhnlich offen gegen Missstände wie die Korruption bei der Privatisierung von Staatsbetrieben wettern. Seine Show „Larry Lang Live“ galt auch als Test für die Weltoffenheit der größten chinesischen Wirtschaftsmetropole. Doch mit der bizarren Begründung, der aus Taiwan stammende Chinese besitze kein amtliches Zertifikat für TV-Moderatoren, lassen die Behörden Lang jetzt nicht mehr länger lästern. Zuvor hatten Chinas kommunistische Machthaber bereits die kritische Wochenbeilage „Bingdian“ (Gefrierpunkt) der „Chinesischen Jugendzeitung“ vorübergehend eingestellt und leitende Redakteure versetzt. Verängstigt über soziale Spannungen, verschärfen Staat und Partei die Kontrolle der Medien auf allen Ebenen: Journalisten wurden verhaftet, die Öffnung für fremde Medien ist gestoppt. Nach Abschluss des in Peking tagenden Volkskongresses bekräftigte Premier Wen Jiabao die Maulkorb-Politik: Jeder Chinese müsse die Interessen des „Landes, der Gesellschaft und des Kollektivs schützen“.